

## ⊕ Pro: Sozialtarife in der Energieversorgung?

von Frank Schwabe



↳ Frank Schwabe, MdB, ist klimapolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion und Sprecher der „Denkfabrik“ in der Bundestagsfraktion. Er lebt in Castrop-Rauxel.

Foto: privat

» Die Energiekosten sind in den letzten Jahren immens gestiegen: Seit 2000 müssen Haushalte durchschnittlich 50 Prozent mehr für Strom und 70 Prozent mehr für Gas bezahlen. Der Anteil der Energiekosten am gesamten Konsum ist gerade für die, die sowieso schon wenig zu Verfügung haben, in den letzten Jahren auf bis zu 17 Prozent gestiegen. Viele Fakten sprechen daher für eine soziale Abfederung der immens gestiegenen Belastungen. Gerade die Sozialdemokratie darf es nicht kalt lassen, wenn sich Menschen Grundbedürfnisse – und dazu gehören die beheizte Wohnung, warmes Wasser, Licht und Waschmaschine – nicht mehr leisten können. Auf der anderen Seite muss klar gesagt werden: Wir brauchen auch einen neuen intelligenten Umgang mit Energie. Die Rohstoffe werden knapper, die Nachfrage steigt, Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Langfristig ist der Ausbau der erneuerbaren Energien die beste Investition gegen steigende Energiepreise. Sonne, Wind und Wasserkraft kosten nichts und wird es immer geben.

» Kurz- und mittelfristig müssen jedoch Haushalte entlastet und Strom gespart werden. Der Ansatz muss sein: am preiswertesten ist die Energie, die wir nicht verbrauchen. Effizienz ist die Stellschraube, an der wir am stärksten drehen können. Deshalb muss die Sozialdemokratie für einen sozialen Effizienztarif eintreten. Möglich wäre, dass jede/r einen gewissen Sockel an Kilowattstunden frei oder verbilligt erhält. Somit wird eine preiswerte Grundversorgung ge-

sichert. Alles was darüber hinaus verbraucht wird, soll mehr kosten als bisher; Der Preis pro Verbrauch soll exponentiell ansteigen. Haushalte mit weniger Geld werden dadurch stärker entlastet, denn diese Familien haben üblicherweise weit weniger elektrische Geräte als der Durchschnitt. Im Gegenzug wird der Anreiz gesetzt, den Stromverbrauch zu senken.

Wenig Sinn macht es dagegen, die Stromsteuer zu senken. Die Preise werden mittelfristig kaum sinken, die Gewinne der Energieversorger dafür steigen. Problematisch wäre auch die Deckelung der Energiekosten. Gerade die kleineren Stromversorger, unsere Stadtwerke, wären im Wettbewerb mit den vier großen Energieversorgern die VerliererInnen. Das können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht wollen. Flankiert werden könnten die sozialen Effizienztarife von Maßnahmen, die den Verbrauch in den Haushalten nachhaltig senken. VerbraucherInnen brauchen einfache und exakte Angaben zum Stromverbrauch, wenn sie neue Geräte kaufen wollen. Haushalte mit geringem Einkommen sollten stärker als bisher ihre alten Geräte gegen energieeffiziente austauschen können. Möglich wäre ein Fonds, der zinslose Darlehen ermöglicht. Und: Der Sanierungsstau muss aufgelöst werden. Das höchste Einsparpotential können wir durch Wärmedämmung ausschöpfen. Förderprogramme gibt es vor allem für HausbesitzerInnen. In Zukunft aber müssen auch VermieterInnen stärker in die Verantwortung genommen werden. ■

## ■ Contra: Sozialtarife in der Energieversorgung?

von Walter Meinhold ■ ■



↳ Walter Meinhold  
ist Aufsichtsratsvorsitzender  
der Stadtwerke Hannover AG  
und Mitglied im Forum DL21.

Foto: Stadtwerke Hannover AG

» Seit langem werden die Preise für Strom und Gas jährlich erhöht. Verantwortlich ist die weltweit steigende Nachfrage nach Öl, Gas und Kohle. Dieser Trend ist nicht zu stoppen und ein Ende ist nicht absehbar. Alles Gerede mit mehr Wettbewerb die Energiepreise gegen diesen globalen Energiehunger im Griff zu halten wären, erweisen sich als Schimäre. Betroffen davon sind alle. Industrie, Dienstleistungen, Handel und Haushalte. Aber die Einen können sich besser dagegen schützen als die Anderen.

Was ist zu tun? Medienwirksam ertönt der Ruf nach Energie-Sozialtarifen für Menschen mit geringem Einkommen. Die Energieunternehmen mögen bis zu einem bestimmten Energieverbrauch niedrige oder kostenfreie Tarife für ärmere Haushalte bereithalten.

Das hört sich gut an. Die Probleme beginnen bei der Umsetzung. Welche Kriterien gelten bei der Ermittlung der Menschen mit geringem Einkommen? Z.B. jene, die von den Rundfunkgebühren befreit sind oder die mit einem Einkommen bis zu 12.000 Euro jährlich? Wie kommt man an diese Personenkreise und welche Nachweise müssen erbracht werden? Und in welchen zeitlichen Abständen muss die Berechtigung überprüft werden? Darauf haben diejenigen, die Sozialtarife fordern, noch keine Antworten gegeben. Klar hingegen ist, dass damit ein enormer bürokratischer Aufwand und hohe Personal- und Sachkosten verbunden sind. Hier liegen die Gründe, warum die Schaffung von Sozialtarifen so schwer umsetzbar ist.

» Dennoch muss gehandelt werden. Dieser Verantwortung sind sich besonders die kommunalen Energieversorger bewusst. Sie sind am dichtesten am Endverbraucher und der Endverbraucherin und werden mit der eingeschränkten Zahlungsfähigkeit täglich konfrontiert. Schon seit längerem werden verschiedene Konzepte zum Energie sparen realisiert, denn die bedeutendste Energiequelle ist die Energie-Effizienz. Sie kann und muss von allen Einkommensschichten mehr praktiziert werden. Dabei müssen die Energieunternehmen ihre Anstrengungen in der Beratung erheblich verstärken. Hier gibt es noch viel zu tun. Beispiel gibt es auch schon. So gibt es in Frankfurt ein Projekt der Caritas zusammen mit dem Job-Center, der Stadt, dem Energieversorger Mainova und Projektpartnern Langzeitarbeitslose zu EnergieberaterInnen qualifizieren. Diese geben z.B. kostenlose Beratung in Haushalten mit ALG II und SozialhilfeempfängerInnen über Möglichkeiten des Sparens beim Energie- und Wasserverbrauch.

Caritas Frankfurt nennt dies eine „Initiative für Mensch und Umwelt – Gewinn für alle“. In Nürnberg bietet die N-ERGIE kostenlose Beratung für GeringverdienerInnen an. Die Erfolge sind dort nachweisbar an den sinkenden Verbrauchszahlen abzulesen. Neben der Beratung zum Energiesparen können die Energieunternehmen Zuschüsse beim Kauf von energiesparenden Geräten geben (Kühlschränke), um ein weiteres Beispiel zu nennen. Ziel aller Anstrengungen muss es sein, die Einsparpotentiale in den Haushalten systematisch auszuschöpfen, also nachhaltig zu wirken. Es ist möglich, den finanziellen Aspekt mit dem ökologischen zu verbinden. ■